

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1870 bis 1948

## Band 11

### Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Politische und wirtschaftliche Entmündigung Deutschlands

Band 11/104

#### Der "Frieden" von Versailles, Teil 1

Das Recht ist kostbarer als der Friede, und wir werden für die Dinge kämpfen, die unseren Herzen immer am nächsten waren - für die Demokratie, ... für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für eine weltumspannende Herrschaft des Rechts ...

*Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, nordamerikanischer Politiker)*

#### **Das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918**

Da die drohende Niederlage unabwendbar und die Fortführung des Krieges aussichtslos war, drängte die Oberste Heeresleitung den Kaiser und die deutsche Reichsregierung am 14. August 1918, Friedensverhandlungen einzuleiten (x099/44).

Kaiser Wilhelm II. erklärte danach am 14. August 1918 vor hohen Generälen und Beamten (x059/26): >>Der Krieg muß beendet werden! ...<<

Das Protokoll der Sitzung des Kronrats vom 14. August 1918 lautete wie folgt (x237/239): >>Der Reichskanzler ausführte die innere Lage. Stimmung kriegsmüde – Ernährung unzureichend, noch schlimmer Bekleidungsmangel, Wahlrechtsreform ...

Der Außenminister äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je.

Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt aber sei die ursprüngliche und stets zunehmende Überzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müßten. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. ...

Verbündete: Österreich erklärt, ... daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei. ...

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen. ...<<

US-Präsident Wilson warb am 27. September 1918 in einer Rede in New York für einen dauerhaften Frieden (x149/6): >>Wenn es wirklich und wahrhaftig das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und der Länder, die sie regieren, ist, durch die kommenden Regelungen ... einen sicheren und dauerhaften Frieden zu erzielen, wird es notwendig sein, daß alle ... bereit und gewillt sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der den Frieden herbeiführt ...

Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt der Regelungen, ganz gleich, wessen Interessen berührt werden, und ... die Zustimmung der einzelnen Völker, deren Schicksal betroffen ist.<<

Die deutsche Regierung berichtete über ein Telegramm der deutschen Heeresleitung vom 1. Oktober 1918 (x243/10): >>General Ludendorff bat, ... seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgehe.

Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen. ...<<

Die deutsche Heeresleitung teilte der deutschen Regierung am 3. Oktober 1918 per Telegramm den bevorstehenden Zusammenbruch mit (x191/21-22): >>Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. September 1918, gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge ... der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feind den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.<<

Der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, unterbreitete in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ein deutsches Waffenstillstandsangebot, auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, an US-Präsident Wilson (x243/12): >>Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. ...

Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen ... aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den Vierzehn-Punkte-Friedensplan (x051/606):

>>Vierzehn-Punkte, aus 14 Punkten bestehendes Programm von US-Präsident Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Gestaltung einer zukünftigen Friedensordnung, am 8.1.18 im Kongreß verkündet:

Öffentliche Friedensverhandlungen und Abschaffung der Geheimdiplomatie;

Freiheit der Meere;

Freiheit des internationalen Handels;

Einschränkung der staatlichen Rüstungen und deren Garantie;

"unparteiische" Regelung der kolonialen Ansprüche;

Räumung Rußlands durch die Mittelmächte;

Wiederherstellung der Souveränität Belgiens;

Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;

Festlegung der Grenzen Italiens nach dem nationalen Prinzip;

Autonomie für die Völker der Donaumonarchie;

Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch die Mittelmächte;

Unabhängigkeit des türkischen Staates,

Autonomie für seine nichttürkischen Nationalitäten und Öffnung der Meerengen;

Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates;

Gründung eines Völkerbundes.

Bei den Friedensverhandlungen konnte sich Wilson gegen seine Verbündeten aber nicht durchsetzen; der Versailler Vertrag und die anderen Pariser Vorortverträge widersprachen in wesentlichen Teilen und dem Geist nach den Vierzehn Punkten.<<

Wilson dachte bei der "Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer" nur an "Wegerechte", während die polnischen Parteien die ehemaligen Grenzen von 1772 anstrebten (x041/71, x064/125).

Später warf man mehrere Millionen Druckschriften des "14 Punkte-Friedens-Programms" mit

Flugzeugen über dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ab, um den Widerstandswillen der Bevölkerung und der Truppen zu schwächen (x177/85).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" (x051/535): >>Selbstbestimmungsrecht der Völker, völkerrechtlicher Grundsatz, nach dem einerseits jeder Staat seine innere Organisationsform frei bestimmen kann und nach dem andererseits jedes Volk das Recht auf staatliche Verwirklichung hat.

Auf die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker gingen die Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts zurück, das Selbstbestimmungsrecht sollte u.a. nach den Vierzehn Punkten des US-Präsidenten Wilson Grundlage der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg werden.

Die Chance war günstig, weil das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oft entgegenstehende Souveränitätsprinzip zumindest hinsichtlich der Verliererstaaten wenig wog. So wurden die Vielvölkerstaaten Rußland, Osmanisches Reich und Österreich-Ungarn konsequenterweise aufgelöst oder stark beschnitten, doch ließ sich das Selbstbestimmungsprinzip in der ethnischen Gemengelage v.a. Südosteuropas aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht ohne Kompromisse durchhalten, so daß neue Minderheiten entstanden.

Auch Interessen der Siegermächte standen einer durchgängigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechts entgegen: So mußte das Deutsche Reich zahlreiche Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung abtreten und die Abstimmungsgebiete wurden nicht immer gerecht abgegrenzt; Österreich verlor Südtirol zu Gunsten der dennoch unzufriedenen italienischen Siegermacht; das Sudetengebiet wurde zur Sicherung des neuen Staates der Tschechoslowakei zugeschlagen; der Anschluß Österreichs an Deutschland wurde untersagt usw.

Zwar versuchte man, durch Etablierung eines Rechts der Minderheiten auf Autonomie die programmierten Konflikte zu entschärfen, doch diskreditierte die gewaltsame Behandlung des Selbstbestimmungsrechts die Friedensverträge nachhaltig. Daher wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem der wirksamsten Argumente der Revisionspolitik, wie sie v.a. Hitler erfolgreich handhabte.

Nach Abschluß dieser ersten Phase seiner Außenpolitik, als das Selbstbestimmungsrecht die weitere Expansion behinderte, wurde es zu einem bloßen Recht auf Heimat ohne staatliche Option oder doch mit eingeschränkter Souveränität herabgestuft. Schließlich verschwand es ganz aus der deutschen politischen Argumentation. Auch die alliierte Antwort auf die so entstandenen neuen territorialen und ethnischen Probleme orientierte sich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nur begrenzt am Selbstbestimmungsrecht, das Entschädigungsregelungen und Sicherheitserwägungen behindert hätte.

Zwar beruft sich das Grundgesetz bei seinem Wiedervereinigungsgebot ebenso auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie die Vertriebenenverbände das Recht auf Heimat darin verankert sehen, doch konnten diese Forderungen bei der ganz anderen Machtkonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr die politische Sprengkraft entwickeln wie 1918. Das Selbstbestimmungsrecht wurde aber in der Nachkriegszeit Motor der Entkolonialisierung und fand Eingang in die UN-Charta.<<

US-Präsident Wilson lehnte am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... Kein Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf fremdem Boden stehen. ...<<

Trotz der ausweglosen militärischen Lage weigerte sich die deutsche Heeresleitung am 14. Oktober 1918, eine Kapitulation ohne verbindliche Zusagen abzuschließen.

Wilson forderte am 14. Oktober 1918, mit äußerster Schärfe gegen die Kriegsverursacher vorzugehen (x063/502): >>...Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur

tatsächlichen Ohnmacht. ...<<

US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>Der Waffenstillstand muß ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...

Die ... Vereinigten Staaten werden nur ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

Matrosen der Kriegsmarine riefen am 3. November 1918 in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergriff.

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schrieb später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang gesetzt wurde.

Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. ...<<

Am 7. November 1918 trat der bayerische König als erster Fürst des Deutschen Reiches widerstandslos zurück.

Die deutsche Waffenstillstandskommission verhandelte vom 8. bis zum 11. November 1918 ... über die Waffenstillstandsbedingungen. Der französische Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, Marschall Foch lehnte während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.

Am Morgen des 9. Novembers 1918 rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab später am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Der SPD-Politiker und Mitglied des Reichstages Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Die deutsche Heeresleitung telegrafierte am 10. November 1918 an die Deutsche Waffenstillstandskommission (x243/10): >>In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen ... zu erreichen. ... Gelingt Durchsetzung ... nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. ... Flammenden Protest unter Berufung auf Wilson ... erheben. ...<<

Kaiser Wilhelm II. floh am 10. November 1918 nach Holland.

Am 28. November 1918 dankte Kaiser Wilhelm II. im holländischen Exil ab, um anständige, gerechte Friedensverhandlungen nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons zu ermöglichen.

Die handschriftlich unterzeichnete Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November 1918 lautete wie folgt (x979/...): >>Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben.

Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefah-

ren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.<<

### **Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918**

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Die Note der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918 enthielt die völkerrechtlich verbindliche Zusage, nach einem Waffenstillstand einen Friedensvertrag zu schließen, der dem 14-Punkte-Programm Wilsons vom 8. Januar 1918 und den ergänzenden Äußerungen vom 11. Februar 1918, 4. Juli 1918 und 27. September 1918 entsprach. Die Deutschen Truppen standen beim Waffenstillstand noch weit in Feindesland. Die deutsche Heeresleitung und die Reichsregierung sahen zu diesem Zeitpunkt jedoch keine Aussicht mehr, diesen Krieg siegreich zu beenden.

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x321/41-42): >>Am 5. November 1918 übermittelte der Präsident (Wilson) Deutschland die Antwort, die er von den mit ihm verbündeten Regierungen bekommen hatte, und fügte hinzu, daß Marschall Foch bevollmächtigt sei, gehörig beglaubigten Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen. In dieser Antwort "erklärten die verbündeten Regierungen mit ... Einschränkungen ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". ...

Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten, die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig.

Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern".

Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen sollte, die es wehrlos machen würden.

Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote (x320/17): >>Das deutsche Drama nach dem Ersten Weltkrieg beginnt damit, daß US-Präsident Wilson der deutschen Seite noch während des Krieges einen Friedensschluß anbietet, den die Sieger später ignorieren. Wilsons Friedensangebot - die sogenannten 14 Punkte - endet mit den Sätzen: "Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Angebot, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft."

Dem US-Angebot folgen außerdem fünf Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA, in denen beide Seiten die 14 Punkte als verbindlich anerkennen. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags. Die einzige Abtrennung deutsch besiedelten Gebietes, die schon dort vereinbart wird, ist die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Mit der Zusicherung "Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern ein-

nimmt" legt Deutschland seine Waffen nieder und beginnt, seine Truppen aufzulösen. ...<<  
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>Heil Wilson, dem Gerechten!

Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. ...

Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.

Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Anbetungen steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. ...

Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.

Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. September 2008 über den Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen: >>Deutschlands große Illusion

Die 14 Punkte Wilsons am Ende des Ersten Weltkrieges und die enttäuschte Hoffnung auf einen gerechten Friedensschluß

*Von Dag Krienen*

Am 8. Januar 1918 stellte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson in einer Botschaft an den Kongreß eine Reihe von Grundsätzen vor, die er als unabdingbare Grundlagen für einen gerechten Friedensschluß zur Beendigung des Weltkrieges bezeichnete. Unter den insgesamt 14 Punkten fanden sich zunächst fünf allgemeine Prinzipien, die nicht nur das feindliche Deutschland und seine Verbündeten, sondern auch deren Gegner inklusive der USA binden sollten. Erst dann schlossen sich eine Reihe von Forderungen an, die zu Lasten der Mittelmächte gingen wie die Räumung aller von ihnen besetzten Gebiete, die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer. In Punkt 14 forderte Wilson schließlich die Errichtung eines Völkerbundes "zu dem Zweck, großen und kleinen Staaten gleichermaßen gegenseitige Garantien ihrer politischen Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit zu verschaffen."

Wilson's Friedensprogramm kombinierte geschickt den Grundentwurf einer neuen liberaldemokratischen Weltfriedensordnung mit einer Reihe von konkreten, insgesamt recht gemäßigt klingenden Kriegszielforderungen an die Mittelmächte. Doch Anfang 1918 war der Krieg mi-

litärisch noch nicht entschieden. Nach dem praktischen Ausscheiden Rußlands als ernstzunehmendem Gegner Ende 1917 existierte eine letzte deutsche Chance, im Westen offensiv die militärische Entscheidung des Krieges zu suchen, bevor kampfbereite amerikanische Truppen in größerem Umfang in Frankreich standen.

Nicht nur die Oberste Heeresleitung (OHL) setzte noch einmal alles auf diese Karte, sondern auch die zivile Reichsleitung, fast alle Reichstagsparteien und die Mehrheit des Volkes. Die Reaktionen in Deutschland auf die 14 Punkte Wilsons waren unter diesen Umständen zurückhaltend. Reichskanzler Georg Graf von Hertling anerkannte zwar, daß die darin enthaltenen allgemeinen Grundsätze sowie der Völkerbundsgedanke "Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten", wies jedoch alle einseitig Deutschland treffenden Forderungen zurück.

Ähnlich argumentierten aber auch SPD, Zentrum und Linksliberale sowie die ihnen zuneigenden Presseorgane. Eines der wichtigsten politischen Ziele von Wilsons Proklamation, zwischen der in seinen Augen "autokratischen" Führung und dem deutschen Volk, insbesondere den linken und liberalen Kräften, einen Keil zu treiben, wurde verfehlt. Dieses Ziel, das der Präsident, in dieser Frage vom Deutschlandexperten des US-Außenministeriums, William C. Bullitt beraten (JF 36/05), in seinen öffentlichen Reden zur Friedensfrage hartnäckig weiterverfolgte, vermochte er auch in der Folgezeit nicht zu erreichen.

Als den Deutschen im Spätsommer 1918 allmählich klar wurde, daß trotz aller Teilerfolge ein entscheidender deutscher Sieg im Westen unmöglich geworden war und sich die Gesamtlage auch angesichts der Niederlagen anderer Mittelmächte (Zusammenbruch der Bulgarienfront am 15. September 1918) zusehends verschlechterte, gewannen in der Truppe und in der Heimat rasch die allgemeine Kriegsmüdigkeit und der Wunsch, schnell zu einem erträglichen Frieden zu gelangen, die Oberhand.

In dieser Lage bot Wilson am 27. September erneut, auf der Basis eines Konzeptes Bullitts, einen "Frieden auf der Basis unparteiischer Gerechtigkeit" an, allerdings nur einem "geläuterten" Deutschland mit einer parlamentarisch kontrollierten Regierung. Zur gleichen Zeit gelangten aber auch Reichsregierung und OHL zu der Einsicht, daß der Krieg militärisch für Deutschland definitiv verloren war und nur eine Regierung mit dem Vertrauen des Reichstags einen glimpflichen Frieden würde erhalten können.

Nüchtern stellte sich das Auswärtige Amt auf den Standpunkt, daß in der gegebenen Lage das am wenigsten schlechte von allen schlechten Angeboten immer noch das beste war. Und allein der US-Präsident hatte bis dato überhaupt ein einigermaßen ausformuliertes Friedensprogramm vorgelegt, das zudem günstigere Bedingungen zu enthalten schien als alles, was Deutschland von Briten und Franzosen erwarten konnte.

Am 3. Oktober wandte sich die neugebildete Regierung unter dem Prinzen Max von Baden an Wilson mit der Bitte, einen Waffenstillstand auf der Basis seines seit dem 8. Januar entwickelten Programms herbeizuführen, als Grundlage späterer Friedensverhandlungen. Nach einem Notenaustausch mit Wilsons Außenminister Robert Lansing akzeptierte sie auch, daß nur ein Waffenstillstand in Frage kam, der Deutschland keine Möglichkeiten zu einer späteren Wiederaufnahme des Kampfes ließ, und daß es für die zivilen Kriegsschäden Ersatz zu leisten habe. Nach Rücksprache mit den europäischen Verbündeten teilte Lansing am 5. November den Deutschen "die Bereitschaft (der verbündeten Regierungen) zum Friedensschlusse mit der deutschen Regierung (mit), auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie den Grundsätzen, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". Auf dieser Basis wurde dann am 11. November 1918 der Waffenstillstand abgeschlossen.

Die deutsche Regierung vertrat in den folgenden Monaten stets den Standpunkt, daß die in den Notenwechseln mit Wilson/Lansing im Oktober und November formulierten Bedingun-

gen einen beide Seiten bindenden Vorvertrag (pactum de contrahendo) darstellten, der den Inhalt des zukünftigen Friedensvertrages präjudiziere. Entsprechend dies ursprünglich noch dem nüchternen Kalkül, auf dieser Rechtsbasis harte alliierte Friedensbedingungen zurückweisen zu können, gewannen bei den neuen, durch die Revolution vom November 1918 ins Amt gekommenen politischen Kräften die Hoffnungen, daß Wilson für Deutschland einen milden Kompromißfrieden herbeiführen würde, zeitweise die Oberhand über eine nüchterne Einschätzung der Lage.

Aufgrund der nun hergestellten demokratisch-antiimperialistischen Übereinstimmung hegten man illusionäre Hoffnungen. Ende November 1918 erklärte Außenstaatssekretär Wilhelm Solf vor Vertretern der neuen republikanischen Landesregierungen gar, daß man durch das Festhalten an Wilsons pazifistischem Programm mit Amerika gegen den Imperialismus der Entente würde Front machen können.

Insgesamt wurde so eine öffentliche Erwartungshaltung erzeugt, die man aufgrund der krisenhaften Lage der Republik später nicht mehr korrigieren konnte. Die Hoffnung auf einen "Wilson-Frieden" im Sinne eines glimpflichen Kompromißfriedens ohne Diskriminierung Deutschlands stellte einen der wenigen Lichtblicke für die vom Schock der Niederlage, der Härte des Waffenstillstandes, dem plötzlichen revolutionären Umbruch und den anhaltenden inneren Unruhen desorientierten und in Bedrängnis gebrachten Deutschen dar.

Als der amerikanische Präsident im Dezember 1918 nach Europa kam, erreichte die Wilson-Begeisterung nicht nur in Westeuropa ihren Höhepunkt. Auch in Deutschland wurde er als unparteiischer Schiedsrichter, als Beschützer vor dem Imperialismus der Entente-Mächte und als Garant eines Friedens der Versöhnung gefeiert. Amerikanische Beobachter konstatierten, daß das deutsche Volk unbeirrt zu Wilson aufblicke und auch in politischen Kreisen ein großes Vertrauen in den amerikanischen Präsidenten vorherrsche.

In den besser informierten politischen Kreisen kühlte diese Begeisterung, die von unzähligen Broschüren mit Wilsons Reden sowie Darstellungen seiner weltpolitischen Maximen genährt wurde, zwar allmählich ab, doch konnten nur die wenigsten alle Illusionen und Hoffnungen ablegen. Die meisten Deutschen lebten, wie der Theologe und Historiker Ernst Troeltsch 1919 festhielt, bis zum Mai 1919 im "Traumland der Waffenstillstandsperiode". Als den Deutschen in diesem Monat die Versailler Friedensbedingungen präsentiert wurden, war der Schock um so größer.

Was nun publik wurde, entsprach in keiner Weise den Erwartungen der deutschen Öffentlichkeit an einen "Wilson-Frieden", von dem man erhofft hatte, daß er, wenn auch mit territorialen und wirtschaftlichen Verlusten verbunden, die Souveränität, Integrität und Selbstachtung der Nation nicht beeinträchtigen würde. Der schließlich nach einem alliierten Ultimatum von den deutschen Bevollmächtigten am 28. Juni unterzeichnete Friedensvertrag tat in den Augen der meisten Deutschen aber genau dies. Da von deutscher Seite das beim Waffenstillstand gegebene Versprechen der Sieger, einen Frieden auf Basis von Wilsons Programm abzuschließen, stets als bindender Vorvertrag aufgefaßt worden war, sahen sie sich durch den "Schmachfrieden" als im großen Stile "betrogen" an. Zum Teil beruhte dies auf ihren zuvor sorgsam gepflegten Illusionen über Wilson.

Der amerikanische Präsident hatte während der Verhandlungen zwar einige der Forderungen der europäischen Siegermächte - mit eher geringem Erfolg - auszubremsen versucht, aber stets das Gesamtkonzept des entstehenden Vertragswerkes und eine harte Behandlung Deutschlands als Schuldigen am Krieg bejaht. Soweit überhaupt, hat er sich vor allem auf wirtschaftlichem Feld, insbesondere in der Reparationsfrage, für mehr Rücksicht auf deutsche Interessen eingesetzt, aber kaum bei den Gebietsabtretungen, wo er von Expertenstäben abhängig war, die vor allem die Ansprüche der jeweiligen Siegerstaaten im Auge hatten.

Auch wenn am Ende viele Berater der amerikanischen Delegation vom Gesamtpaket entsetzt

waren und Bullitt sogar demissionierte, hielt Wilson selbst damals und später stets daran fest, daß das Versailler Vertragswerk einen insgesamt "gerechten Frieden" darstelle. Ja, um das Gegenteil nicht eingestehen zu müssen, griff er vermehrt auf eine moralisierende Interpretation des Versailler Friedens als einer einem "Verbrecher" auferlegten gerechten Strafe zurück. Das Ansehen Wilsons, auf den sich zuvor so viele illusionäre Hoffnungen konzentriert hatten, fiel im Sommer 1918 in Deutschland ins Bodenlose.

Jene, die der Völkerbundidee weiterhin etwas abgewinnen konnten, versuchten gelegentlich noch, ihn als weltfremden, von den durchtriebenen europäischen Siegermächten "getäuschten Professor" zu entschuldigen. Doch für sehr viele Deutsche, nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums, galt er fortan als politischer Heuchler par excellence. Mit dem Ansehensverlust Wilsons verbunden war zudem nicht nur die Diskreditierung seiner Person, sondern auch die seines Programms einer neuen, von einem Völkerbund stabilisierten demokratischen Weltordnung. Verziehen wurde Wilson der "große Betrug" von deutscher Seite nie: Bei seinem Tode 1924 unterließ es die deutsche Botschaft in Washington ostentativ, halbmast zu flaggen.<<

Der nordamerikanische Journalist Oswald G. Villard, der sich nach dem Waffenstillstand in Deutschland aufhielt, schrieb damals über die allgemeine Stimmung (x063/521-522): >>... Man hörte keine Haßgesänge, keine Revanchereden; weder Engländer noch Franzosen ... waren unbeliebt; Amerikaner wurden als die besten Freunde willkommen geheißen ...<<

Nach dem Waffenstillstand bekam die deutsche Bevölkerung nur noch eine tägliche Nahrungsmittelzuteilung von etwa 1.000 Kalorien, obgleich der tägliche Mindestbedarf eines Erwachsenen damals etwa 2.600 bis 3.000 Kalorien betrug. Die nach den langen Kriegsjahren ausgehungerte deutsche Bevölkerung streckte damals z.B. das Brot, indem man Getreide- und Holzmehl vermischte.

Winston Churchill erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.

Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehrungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.

Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

Im Verlauf der "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919, die eindeutig gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstießen, verhungerten etwa 300.000 deutsche Zivilisten (x063/521), bis die Siegermächte ihren sogenannten "Friedensplan von Versailles" schließlich durchsetzen konnten. In den anderen "Mittelmächten" starben ebenfalls Tausende den Hungertod.

General J. F. Fuller schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

**Schlußbemerkungen:** Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedens-

verhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt. Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Die Deutschen mußten innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wurde termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befanden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich mußte alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren durften.

Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt.

Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft. Bei der von den alliierten Siegermächten durchgeführten "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 handelte es sich gemäß Haager Landkriegsordnung - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 um ein Kriegsverbrechen.

Der Waffenstillstand wurde monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen konnten (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes mußte das ausgehungerte Deutsche Reich später z.B. 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/216-217): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungs-großkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital. Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.

Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. ...

Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

### **"Friedensverhandlungen"**

Der französische Marschall Ferdinand Foch schrieb am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (x243/12): >>Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation. ...

Die Natur hat nur eine Schranke über den Weg des einbrechenden Feindes gezogen: den Rhein. Er muß ... schon im Frieden besetzt und befestigt werden. ...<<

Am 18. Januar 1919 wurden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt wurden, nahmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällt schließlich nur der "Rat der Großen Vier", der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando bzw. der "Rat der Großen Drei" - ohne Orlando. Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" - Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien - und Sowjet-Rußland schloß man von allen Verhandlungen aus.

Obgleich das Deutsche Reich den besiegten Franzosen in den Jahren 1814/15 und 1871 äußerst maßvolle Forderungen und faire Friedensbedingungen gestellt hatte, erwiesen sich vor allem die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg als besonders ungerechte und rachsüchtige Sieger.

Georges Clemenceau, der den Vorsitz der "Friedensverhandlungen" übernahm, setzte alle französischen Forderungen unerbittlich durch. Clemenceau - Beiname: "Der Tiger", prägte damals z.B. den Ausspruch: "Frieden ist nur die Fortsetzung des Krieges" - war ein unnachgiebiger, rachsüchtiger Greis, der besonders durch die bittere französische Niederlage von 1870/71 geprägt worden war.

Der französische Minister- und Kriegspräsident Clemenceau, der die Zerschlagung des Deutschen Reiches und Errichtung von kleinen Teilstaaten sowie die Abtrennung des Rheinlandes anstrebte, erklärte später (x063/521): >>... Je mehr einzelne und unabhängige Republiken in Deutschland errichtet werden, desto glücklicher werde er sein ...<<

Der britische Ministerpräsident Lloyd George, der den Engländern bereits während des Krieges versprach: "Deutschland zahlt alles!", versuchte nach dem Kriegsende vergeblich, die rachsüchtigen Franzosen zu stoppen.

Lloyd George erklärte damals in Versailles (x059/30): >>Wir müssen uns bemühen, eine Ordnung des Friedens zu entwerfen, als wären wir unparteiische Schiedsrichter, die die Leiden des Krieges vergessen haben. ...<<

Frankreich, England und Nordamerika wollten zwar angeblich nur den "preußischen Militarismus" und die ständige "deutsche Bedrohung" ausmerzen, aber tatsächlich beabsichtigte man vor allem die Zerschlagung der mächtigen bzw. lästigen deutschen Industrie- und Handelsmacht.

Die maßgeblichen westeuropäischen Siegermächte beschlossen schließlich in Versailles, die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten. Bei diesen Verhandlungen ging es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um einen gerechten Frieden - ohne "Sieger und Besiegten". In erster Linie wollte man das Deutsche Reich - wie z.B. 1648 - vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern. Die getreuen Verbündeten sollten außerdem die zugesagten Beloh-

nungen erhalten. Die ungerechten Vorverurteilungen des deutschen Kriegsgegners verdeckten eigentlich nur die wahren machtpolitischen Interessen der Siegermächte.

Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. ...<<

Die Londoner "Times" schrieb im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<

Die führenden Ententemächte hielten ihre geheimen Absprachen und Verträge konsequent ein. Während der erbitterten Kämpfe um die Kriegsbeute wurde das "14 Punkte-Programm" des nordamerikanischen Präsidenten entweder überhaupt nicht beachtet oder nur in abgeänderten Formen übernommen.

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so böseartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.<<

Der damalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti (1868-1953) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden.<<

Als US-Präsident Wilson, der vermeintliche "Apostel des Friedens" bzw. Verteidiger der Völker- und Menschenrechte, seine Friedensvorstellungen nicht durchsetzen konnte, opferte er schließlich den "gerechten Frieden" für die Schaffung des Völkerbundes. Wilson, der 1919 den Friedensnobelpreis erhielt, zog sich schließlich kampflös und verbittert in die bisherige nordamerikanische Isolationspolitik zurück und kümmerte sich während seiner restlichen Amtszeit nicht mehr um die wirren Nachkriegsverhältnisse in Europa.

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über US-Präsident Wilson (x340/112): >>... Manchen der führenden deutschen Verantwortlichen dürfte bekannt gewesen sein, daß US-Präsident nichts anderes war als ein willfähriger Interessenvertreter der Wall-Street-Banken, besonders aber von J. P. Morgan.

Schon 1912 hatte der Geldadel Wilsons Wahlkampfhauptquartier gestellt; mehr als zwei Drittel seiner Wahlkampfmittel stammten direkt von den Finanziers der Wall Street.

Man hatte sicherheitshalber dafür gesorgt, daß sich Wilson als Graue Eminenz den Vertrauensmann der Banker und überzeugten Deutschenfeind Edward Mandel House als erste Hand zur Seite stellte. "Colonel" House kontrollierte jeden Schritt Wilsons, so daß die Regierungsgewalt in Amerika Zug um Zug in die Hände der Investmentbanker um J. P. Morgan fiel.

Für diese Leute wäre ein 1918 durchaus möglicher Ausgleichsfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten gleichbedeutend mit dem eigenen Ruin gewesen. ...

Deutschland wäre in diesem Fall zwar wirtschaftlich geschwächt gewesen, England aber bankrott und die amerikanische Wirtschaft in einer Depression; ganz davon abgesehen, daß Deutschland seine der angloamerikanischen Elite verhaßte Führungsposition in Europa behalten hätte. Genau darum ging es! Man wollte ungestört herrschen und Geschäfte machen.

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger bestätigte in der *Welt am Sonntag* vom 13. November 1994: "Letztlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eine dominante Rolle

Deutschlands zu verhindern." ...<<

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen.<<

Ein anderer US-Konferenzteilnehmer berichtete später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x243/12): >>Der Präsident Wilson hatte die Ärmel hochgekrempelt. Es gab keinen, dem er Vertrauen durfte. ... Als erstes begann er ein zähes Ringen um die Minderung der französischen Forderungen nach dem linken Rheinufer, einer rheinischen Republik und nach den Kohlengruben der Saar.

Keiner dieser Ansprüche ließ sich mit der in den Vierzehn Punkten enthaltenen Zusicherung von der Selbstbestimmung in Einklang bringen. Ende März gipfelte die Konferenz in einem persönlichen Streit mit Clemenceau. ...

Nach einer Erkrankung Wilsons, 10 Tage später.

Wilson bewilligt Frankreich die Saar und das linke Rheinufer. ... Er stimmt der Forderung nach unbegrenzten Reparationszahlungen Deutschlands zu. ...

In den Staaten sind die Mitglieder des Senats und ... das Komitee für auswärtige Fragen empört, weil niemand daran gedacht hatte, ihnen den offiziellen Wortlaut des Vertrages zugehen zu lassen. Sie müssen die Einzelheiten aus den Zeitungen entnehmen. Die weiterblickenden Amerikaner in Paris nehmen den Vertrag beinahe mit der gleichen Bestürzung auf wie die Deutschen. ...<<

Die Vermischung der europäischen und nordamerikanischen Vorstellungen wirkte sich für das Deutsche Reich bzw. für die verhaßten "deutschen Hunnen" ausgesprochen verhängnisvoll aus. Fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben unberücksichtigt. Die Siegermächte ignorierten ferner Völker- und Menschenrechte, die sie angeblich bewahren und schützen wollten. Vor allem für die Deutschen in Ost-Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" besonders verheerend auswirken.

Die nordamerikanische Weltkriegsteilnahme und die erstmalige Beteiligung an der Europa- und Weltpolitik veränderten die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse grundlegend. Durch die nordamerikanische Intervention in Westeuropa und nach der bolschewistischen Revolution in Osteuropa wurde spätestens im Jahre 1917 ein neues Zeitalter der Ideologien eröffnet: "Mission gegen Mission" - "Macht gegen Macht".

Nordamerika war zwar schon seit der Jahrhundertwende eine Wirtschafts- und Militärweltmacht, aber politisch waren die Vereinigten Staaten von Amerika alles andere als eine Supermacht. Im Jahre 1909 verfügte das US-Außenministerium lediglich über 35 Beamte, die mit den äußerst schwierigen europäischen Verhältnissen meistens überhaupt nicht vertraut waren (x041/178). Aufgrund der gleichgültigen und naiven US-Außenpolitik wurden in Europa letzten Endes chaotische Verhältnisse geschaffen, die Hitlers und Stalins Terrorsysteme nachweislich erheblich förderten.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtete später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x063/522): >>Ende Januar 1918 hatte die große New Yorker Zeitung "Evening Post", die im Besitz Villards war, die Geheimverträge der Alliierten veröffentlicht, die die Engländer und Franzosen ängstlich vor Amerika zu verstecken suchten. Sie waren der kommunistischen Regierung bei der Öffnung der russischen Staatsarchive in die Hände gefallen und erreichten Villard durch eine Kette glücklicher Umstände. Die Echtheit ist nie bestritten worden. Diese Geheimverträge enthüllten die imperialistischen Pläne Frankreichs und sind ein Beweis, daß die Annahme der Vierzehn Punkte Wilsons durch Frankreich unaufrecht war.

Im September 1916 hatte die französische Regierung ... beschlossen, das gesamte linksrheinische Gebiet loszubrechen. Es sollten unter französischer Besatzung "autonome Republiken" gebildet werden. Rußlands Zustimmung zu diesem Plane wurde durch die Einräumung völliger Handlungsfreiheit in Ostdeutschland gewonnen.

Marschall Fochs Memorandum vom 27. November 1918 liegt durchaus auf der Linie dieser Verträge. Es zielte auf die Auslöschung der deutschen Souveränität westlich des Rheines hin. Eine oder mehrere autonome rheinische Republiken sollten errichtet und die männliche Bevölkerung zum Militärdienst eingezogen werden, um im Kriegsfall gegen Deutschland zu kämpfen. Die dauernde Besetzung der rechtsrheinischen Brückköpfe war gleichfalls vorgesehen. ...<<

Der deutsche Historiker Jost Dülffer schrieb später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x106/7): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg fing es an, und Georg Kennans Kennzeichnung, er sei die "Urkatastrophe" unseres Jahrhunderts gewesen, trifft den Kern. Hier entluden sich lange aufgestaute innergesellschaftliche Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte in einem neuartigen Massenmorden. Er wurde aber auch deswegen als "Krieg, der alle Kriege beenden sollte" proklamiert, und genau das erwies sich als schwierig.

Gewiß gingen die Friedensmacher nach Kriegsende mit der Absicht ans Werk, eine dauerhafte Weltordnung zu schaffen. Aber sie scheiterten damit in längerer Sicht.

Der Keim dazu, der den Zweiten Weltkrieg brachte, war in der Saat des Friedensvertrages von Versailles 1919 bereits enthalten. Man hat den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, den britischen Premierminister David Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau heftig gescholten, hat gesagt, ihnen sei die Kunst des Friedensschlusses abhanden gekommen. ...<<

Der deutsche Historiker Peter März berichtete später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x312/216): >>... Die Friedenskonferenz von Versailles wurde am 18. Januar 1919 eröffnet, pikanterweise exakt 48 Jahre nach der Proklamation des deutschen Kaiserreiches am selben Ort.

Aber es gab keine deutsche Beteiligung. Die Entscheidungen fielen zwischen den großen drei, dem amerikanischen Präsidenten Wilson, dem britischen Premierminister Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.

Als man sich geeinigt hatte, wurden die deutschen Delegierten einbestellt und erhielten am 7. Mai 1919 den Entwurf des Friedensvertrages. Sie konnten schriftlich Stellung nehmen und daraus ergab sich dann ein Notenwechsel mit einigen für Deutschland günstigen Modifikationen. Aber es gab keinerlei Aussprache.

Diese Kommunikationsverweigerung war ein Novum. Sie zeigte aber auch deutlich, wie weit die emotionalen Verhärtungen gingen. Naturgemäß stimmen sich bei Friedenskongressen die diversen Parteien und Allianzgruppen untereinander ab und gehen nicht unvorbereitet und ohne Konzept in die Verhandlungen mit der Gegenseite. Aber selbst eine solche Form der präparierten und dosierten mündlichen Aussprache war Deutschland nicht zugestanden worden.

Das Zweite, was man sehen muß, ist der schiere Umfang des Vertrages: Die vom Auswärtigen Amt 1919 herausgegebene, dreisprachige englische, französische und deutsche Ausgabe wiegt 1.140 Gramm (!), sie umfaßt 440 Artikel und 455 Seiten. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x068/195-196,199): >>... Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...

Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre

Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind. ...

Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates, womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war; doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.

Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens von rund 10 Milliarden Goldmark ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in französisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.

Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft. ...<<

>>... Mit Deutschland wurde 1919 nicht einmal verhandelt. Man präsentierte am 28. Juni - dem Jahrestag von Sarajewo - im Spiegelsaal von Versailles einfach den fertigen Vertrag. Und der war ein rückhaltloser Bruch des Waffenstillstandsabkommens.

Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Delegation in Versailles, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Johann Giesberts, Reichsminister seit 1919, rief beim Lesen der langen Anklageschrift: "Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser Schurke einen solchen Vertrag". ...<<

Der deutsche Gymnasiallehrer Matthias Schickel schrieb am 21. Juni 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung über den Versailler Vertrag (x887/...): >>"**Laßt uns den Frieden diktieren**"

Wie die US-amerikanischen Republikaner den Versailler Vertrag beeinflussten

Ein "Buch des Friedens", wie der französische Premierminister George Clemenceau in seiner Ansprache an die deutsche Delegation in Versailles am 7. Mai 1919 den Vertragstext genannt hatte, ist das Werk der Siegermächte des Ersten Weltkriegs bekanntlich nicht geworden. Um so mehr scheint es daher geboten, das Werk der alliierten und assoziierten Mächte einer sachlich-nüchternen Würdigung zu unterziehen und die Schwierigkeiten, die sich aus der Beendigung des Krieges und der Herstellung eines Friedenszustandes ergeben haben, nicht zu unterschlagen.

Das Dilemma der Siegermächte brachte der spätere 31. US-amerikanische Präsident Herbert Hoover (1929-1933) auf den Punkt: "Wenn die Welt Frieden haben will, dann muß sie sich zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden: Deutschland entweder in eine solche Armut und politische Entmachtung stürzen, daß jegliche Fähigkeit zur Initiative verlorenght und der deutsche Genius ausgelöscht wird; oder aber man gewährt Deutschland Friedensbedingungen, die einer demokratischen Regierung unter Präsident Ebert die Möglichkeit einräumen, als friedliebende Nation in die Menschheitsfamilie zurückzukehren. Wenn dies jedoch nicht getan wird, dann werden zwangsläufig entweder die finsternen Militaristen zurückkehren oder die ebenso gefährlichen Kommunisten die Macht übernehmen - beide mit Aggression in den Herzen."

In der aufgeheizten Atmosphäre der Friedenskonferenz hatten sich allerdings nur wenige alliierte Staatsmänner und Diplomaten einen von Emotionen weitgehend ungetrübten Blick bewahren können - zu groß waren die während des Krieges geweckten Leidenschaften und die

an den Frieden gerichteten Erwartungen gewesen. So betrachtete man dann schließlich nicht nur in Deutschland den Friedensvertrag zu Recht vielfach als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Was war aber geblieben von der Vorstellung eines gerechten Friedens ohne Sieger und Besiegte, von den liberalen Prinzipien, die der auf den ersten Blick wohl mächtigste Mann der Welt, der 28. US-amerikanische Präsident Thomas Woodrow Wilson (1913-1921), in seinen bekannten 14 Punkten am 8. Januar 1918 verkündet hatte?

Die Hoffnungen der Reichsdeutschen und Österreicher waren 1918/19 in erster Linie auf diese Friedensbotschaft Wilsons gerichtet gewesen. Und bis heute existiert zumindest unterschwellig das Gefühl, daß die Vereinigten Staaten dem Deutschen Reich einen gerechteren und milderen Frieden gewährt hätten. Nicht zuletzt speist sich diese Auffassung aus der Tatsache, daß die USA den Versailler Vertrag bekanntlich nicht ratifiziert hatten. Doch diese wohlwollende Annahme läßt sich so nicht aufrechterhalten.

Zwar führte Präsident Wilson die stärkste - und kriegsentscheidende - Macht des Weltkrieges an der Seite der Entente zum Sieg über die Mittelmächte, doch diese Stärke war innenpolitisch nach den Kongreßwahlen vom November 1918 bereits in Frage gestellt: "Unsere Verbündeten und unsere Feinde und Herr Wilson selbst sollten sich alle klar darüber sein, daß Herr Wilson gegenwärtig keinerlei Autorität besitzt, im Namen des US-amerikanischen Volkes zu sprechen. Sein Anspruch auf die Führerschaft ist gerade nachdrücklich zurückgewiesen worden", - so der vormalige 26. US-amerikanische Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) am 27. November 1918. Damit seien auch die 14 Punkte des Präsidenten, so Roosevelt weiter, hinfällig geworden, ja sie hätten jeden Anspruch verloren, "Ausdruck des Willens des amerikanischen Volkes zu sein".

Der vormalige Präsident schwächte mit dieser Aussage nicht nur die Position Wilsons bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen, er signalisierte damit den alliierten Partnern in Paris auch, daß die aus den Kongreßwahlen im November 1918 hervorgegangene neue republikanische Mehrheit in beiden Häusern einen möglichst harten Frieden im Sinne der Franzosen befürworten und unterstützen werde. Bereits im Oktober hatte Roosevelt in einem Telegramm an den einflußreichen Senator Henry Cabot Lodge seine Vorstellungen von Friedensverhandlungen mit Deutschland dargelegt: "Let us dictate peace by the hammering gun" (Laßt uns den Frieden mit einem hämmernden Geschütz diktieren).

Die Mehrheit der Republikaner war zwar keineswegs überwältigend - im Senat standen 47 Demokraten 49 Republikanern gegenüber - doch sie genügte, um die entscheidenden Ausschüsse des Senats in republikanische Hände zu bringen. In besonderem Maße war dies für die US-amerikanische Außenpolitik von Bedeutung, denn jeder Vertrag zwischen den USA und einer dritten Macht bedarf der Ratifizierung mit Zweidrittelmehrheit durch den Senat. Als daher der US-amerikanische Präsident am 3. Dezember 1918 auf der "George Washington" zu den Friedensverhandlungen nach Europa aufbrach, lag das Schicksal des Friedenswerkes bereits in den Händen des US-amerikanischen Senats.

Zudem mußte sich in Paris erst einmal erweisen, ob Wilsons Konzept einer neuen und besseren Weltordnung den Realitäten einer Friedenskonferenz gewachsen war. Als zentrales Anliegen betrachtete der Präsident die Schaffung einer "League of Nations", eines Völkerbundes, der eine radikale Abkehr von den Erfahrungen und den Regeln der Alten Welt darstellte. Das neue System sollte auf den von Wilson für richtig und für universell gültig erachteten US-amerikanischen Prinzipien von Freiheit und Menschenrechten beruhen. Eine Staatengemeinschaft, unterworfen der Herrschaft des Rechts und der Moral, würde in Zukunft die Sicherheit und die Freiheit ihrer Mitglieder achten und wahren.

Die Einführung der Demokratie und die Durchsetzung des Prinzips der Selbstbestimmung könnten jeden Konflikt entschärfen und, da es für die Völker der Welt kein höheres Gut als

den Frieden gebe, Kriege für die Zukunft ausschließen. Die europäischen Verbündeten, allen voran die Franzosen, standen dem missionarischen Idealismus Wilsons jedoch skeptisch gegenüber.

Nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 traten die Bedenken der Alliierten gegenüber der von Wilson so vehement vertretenen Idee der kollektiven Sicherheit offen zu Tage. Die Franzosen, traumatisiert nach den Kriegen 1870/71 und 1914-18 gegen Deutschland, sahen die Gefahr, ihre nationale Sicherheit auf dem Altar allgemeiner und unverbindlich scheinender Prinzipien des Völkerbundes opfern zu müssen. Für sie konnte daher nur ein Völkerbund in Frage kommen, der ihren Sicherheitsvorstellungen Rechnung trug - und das hieß, den Völkerbund zu einem Instrument der Sieger umzubauen, mit dem Ziel, das Deutsche Reich dauerhaft niederzuhalten.

Die Machtverhältnisse am Ende des Krieges sollten mit Hilfe der internationalen Völkergemeinschaft zementiert werden. Die Stärkung des Völkerbundes bedeutete daher keinesfalls eine Stärkung des Gedankens einer internationalen Zusammenarbeit, sondern die Aufrechterhaltung der Frontstellungen des Weltkriegs.

Die Briten, vor allem aber die US-Amerikaner waren allerdings nicht willens, sich durch einen "französischen" Völkerbund dauerhaft außenpolitisch binden zu lassen und damit wesentliche Teile ihrer nationalen Souveränität aufzugeben.

Die US-amerikanischen Republikaner um Henry Cabot Lodge hatten frühzeitig deutlich gemacht, daß sie nicht bereit wären, einen Völkerbund mitzutragen, der entscheidende Rechte des US-amerikanischen Kongresses berühren und mit den Traditionen der US-amerikanischen Außenpolitik brechen würde: Neben der grundsätzlichen Empfehlung George Washingtons, sich "verstrickender Allianzen" mit den Europäern zu enthalten, war es vor allem die sogenannte Monroe-Doktrin aus dem Jahr 1823, die den Einfluß der europäischen Kolonialmächte zurückdrängen und gleichzeitig die Hegemonie der Vereinigten Staaten über Nord- und Südamerika ermöglichen sollte, welche die Republikaner in Gefahr sahen.

Am 28. Februar 1919 ergriff Henry Cabot Lodge im Senat das Wort und warf Präsident Wilson vor, hektisch auf die Installation eines Völkerbundes zu dringen, wo es doch viel wichtiger sei, einen Frieden mit Deutschland zu schließen, der "solche Bedingungen enthalten müsse, daß Deutschland gehindert werden würde, jemals wieder einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen".

Da sich Frankreich so mutig den "deutschen Horden" gestellt und die Last des Kriegs weitgehend allein getragen habe, sollte Frankreichs Sicherheit unbedingt garantiert werden. So müßten die "barrier states" der Polen, der Tschechen und der Jugoslawen unterstützt werden und Frankreich Elsaß-Lothringen erhalten. Dies sei um so wichtiger, als Deutschland bereits wieder sein Haupt erhebe: "Deutschland ist schon wieder eine Bedrohung, und der einzige Grund für einen großen Krieg liegt in der Geschichte und in der Zukunft Deutschlands. Es muß jetzt so angekettet und gefesselt werden, daß es nie wieder eine Bedrohung für den Weltfrieden werden kann."

Wenige Tage nach der Rede von Lodge brachten die Republikaner in den Senat eine Resolution mit der Aufforderung ein, der Völkerbundsatzung in der vorliegenden Form die Zustimmung zu verweigern. Die einflußreichsten Männer der republikanischen Partei, Lodge, Knox und Harding hatten diesen sogenannten "round robin", eine Erklärung, bei der alle Unterschriften kreisförmig angeordnet werden, unterschrieben.

Von den 96 Senatoren unterstützten insgesamt 37 diesen Antrag und sprachen sich gegen die Völkerbundsatzung aus. Damit verfehlte Präsident Wilson eindeutig die für die Ratifikation nötige Zweidrittelmehrheit im Senat.

Der Präsident war zum Nachverhandeln in Paris gezwungen und stand vor dem fast unlösbaren Dilemma, den Franzosen eine Schwächung des Völkerbundes zuzumuten, die ohnehin die

Kraftlosigkeit des Völkerbundes fürchteten. In dieser Phase war Wilson notgedrungen bereit, deutliche Abstriche an seinem ursprünglichen Friedensprogramm hinzunehmen, um nur ja die Zustimmung der Alliierten zum Völkerbund zu erhalten.

Die "dunkle Periode" der Friedensverhandlungen begann: Die Frage nach den Grenzen Deutschlands und damit auch die Klärung des Schicksals Ostpreußens, Danzigs, der Saar und des Rheinlandes, die Festlegung der von Deutschland zu leistenden Reparationen, die Abrüstungsbestimmungen, die künftige Politik gegenüber Sowjetrußland sowie die Berücksichtigung der italienischen und japanischen Ansprüche - all diese Probleme gerieten jetzt zwangsläufig in das Gravitationsfeld der Verhandlungen um eine überarbeitete Völkerbundsatzung.

Vor allem Clemenceau versteifte sich nun unerbittlich auf die Umsetzung der territorialen Ansprüche Frankreichs und seiner Verbündeten in Osteuropa:

"Die Deutschen sind ein serviles Volk, das den Zwang braucht ... Es gibt zwar in Deutschland den heftigsten Widerstand gegen die Übergabe Danzigs an Polen, doch um das historische Verbrechen, das an Polen begangen worden ist, wiedergutzumachen, sind wir verpflichtet, diese Nation auferstehen zu lassen und ihr auch die Möglichkeiten zu geben, selbständig zu leben."

Das Dilemma des gesamten Friedens von Versailles lag offen da. Ein Frieden, wie er Clemenceau vorschwebte, bedeutete notgedrungen nicht nur die Abkehr von den Prinzipien Wilsons, sondern mußte sich zudem auch noch auf die Bajonette der Alliierten stützen, um Deutschland dauerhaft niederzuhalten. Ein System aus territorialer Amputation in Ost und West, wirtschaftliche und militärische Schwächung sowie politische Isolierung des Deutschen Reiches sollten den Rahmen der Friedensordnung bilden.

Zugleich würde Deutschland, wie der südafrikanische General Smuts meinte, trotz eines harten Friedens "ein dominanter Faktor in Europa bleiben, und es wäre närrisch zu glauben, man könne die Welt ohne seine Mithilfe neu errichten".

Doch diese Lektion mußte Europa noch lernen. Angesichts der innen- und außenpolitischen Zwänge, denen die Akteure unterlagen - Angst vor einem übermächtigen Nachbarn und Angst vor Souveränitätsverlust - könnte man den Versailler Vertrag fast einen "tragischen Frieden" nennen.

Das Schlußwort, das in seiner Weitsicht prophetisch anmutet, soll dem jungen US-amerikanischen Diplomaten William Christian Bullitt überlassen bleiben, welcher der US-amerikanischen Friedensdelegation angehört hatte und der am 17. Mai 1919 dem Präsidenten seinen Rücktritt als Delegierter mit den Worten erklärte:

"Unsere Regierung hat zugestimmt, daß die leidenden Völker dieser Welt neuen Unterdrückungen, Ausbeutungen und Teilungen unterworfen werden ... Ungerechte Entscheidungen der Konferenz hinsichtlich Tsingtaus/Schantungs, Tirols, Ungarns, Ostpreußens, Danzigs und der Saar machen neue internationale Konflikte unausweichlich - ein neues Jahrhundert des Krieges steht uns bevor."<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später über die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen des deutschen Politikers Matthias Erzberger (x878/...): >>... Hatte doch US-Präsident Wilson im letzten seiner 14 Punkte zum Friedensprogramm vom 8. Januar 1918 die Errichtung eines Völkerbundes gefordert. ...

Es kam anders, wie man im Nachhinein weiß. Die Alliierten hörten niemand an und ließen keinerlei Argumente gelten. Der Waffenstillstand, dem - um das zu wiederholen, die Oberste Heeresleitung zustimmte, um dann den Anschein zu erwecken, als hätte sie mit der Sache nichts zu tun - hatte aus der Sicht der Alliierten vor allem den Zweck, ein deutsches Aufbegehren, einen erneuten Widerstand nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen zu verhindern. ...

Der Waffenstillstand war ein einseitiges Diktat. Beim Versailler Frieden war es genauso. Die

deutsche Delegation, die zu Verhandlungen erst gar nicht zugelassen wurde, wurde außerhalb von Versailles festgehalten und festgesetzt - hinter Stacheldraht! ... Die Entente war nicht bereit, Deutschland einen maßvollen Frieden zu gewähren, wie etwa Frankreich 1815.

Ein maßvoller Frieden wäre theoretisch die eine Möglichkeit gewesen. Aber Deutschland, das im Krieg 4 Jahre lang gegen den Rest Europas standgehalten hatte und erst durch das Eintreten der außereuropäischen Macht USA niedergedrückt werden konnte, war schlicht zu mächtig. Das europäische Gleichgewicht war nachhaltig gestört. Dieses geballte Potential mitten in Europa mußte aus Sicht der Entente-Mächte und Rußlands bis 1917 irgendwie entschärft, der Kraftklotz gebändigt werden. Ein Verständigungsfrieden hätte aus Sicht der Entente tendenziell eine deutsche Hegemonie in Europa bedeutet. Das wollten weder Frankreich noch England - unter gar keinen Umständen.

Die andere Möglichkeit war, Deutschland so zu schwächen, daß es auf absehbare Zeit kein entscheidender Machtfaktor mehr werden konnte. Das konnte am besten durch eine Teilung des Deutschen Reiches erreicht werden, das ja erst knapp ein halbes Jahrhundert zuvor geschaffen worden war. Die Teilung war die politische Logik, eigentlich Notwendigkeit, wenn ein Verständigungsfrieden nicht möglich war. Das hat mit politischer Moral, angeblicher Bösartigkeit der Deutschen, Kriegslüsterheit und Militarismus, deutscher Kriegsschuld etc. überhaupt nichts zu tun.

Wie wir heute wissen, gab es solche Teilungspläne bei den Entente-Mächten. Verwirklicht wurden sie dann nach dem 2. Weltkrieg mit dem insgeheimen Einverständnis der europäischen Mächte. Man denke nur an den Widerstand von Frau Thatcher und anderer gegen die Wiedervereinigung 1990! ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 2009 über die Pariser Friedenskonferenz (x887/...): >>**Keim des Zweiten Weltkriegs**

Vor 90 Jahren begann die Pariser Friedenskonferenz

Nachdem die Mittelmächte im November 1918 ihre Kriegsgegner um Waffenstillstand und Frieden gebeten hatten, trat am 18. Januar 1919 in Paris eine Friedenskonferenz zusammen. 32 Staaten, die sich als Sieger fühlten, kamen zusammen, um ihre Forderungen nach Reparationen und wohl auch Kriegsbeute gegen die unglücklichen Verlierer zu beraten. Die Verliererstaaten, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, waren zu den Beratungen nicht zugelassen, weswegen man auch von einer Konferenz der Siegermächte statt von einer Friedenskonferenz sprechen könnte.

Die Ergebnisse sollten den Verlierern später diktiert werden. Friedensdiktate sind für den Sieger immer etwas Schönes. Allerdings sind sie historisch betrachtet auch wieder unbequem, weil demaskierend. Sie decken nämlich für die Nachwelt ungeschminkt die Kriegsziele auf - auch solche, die politisch unklug oder gar völkerrechtswidrig waren. Die wichtigsten waren damals:

1. Die Zerschlagung Deutschlands als Wirtschaftsmacht. Von Spitzentechnologie über die Schwerindustrie bis zu den Kuckucksuhren sollten die ungeliebten deutschen Konkurrenten verschwinden.
2. Die Ausschaltung der deutschen Dominanz auf dem europäischen Festland.
3. Territoriale Veränderungen und Einlösung der Versprechen an die Vasallen und Helfer. Hierzu war die Zerschlagung der Türkei und Österreich-Ungarns vorgesehen.
4. Die Auslieferung von 859 angeblichen Kriegsverbrechern, darunter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Kaiser Wilhelm II. höchstselbst.
5. Schließlich sollte das besiegte Deutschland auch noch seine alleinige Kriegsschuld anerkennen.

Daneben standen noch die Einzelinteressen der "Siegermächte".

Großbritannien wollte die deutsche Handels- und Kriegsflotte liquidieren. Es wollte allerdings

auch keinesfalls eine französische gegen die so mühsam beseitigte deutsche Festlandsdominanz eintauschen. Die britischen Kriegsschulden in den USA wollte man auf Deutschland abwälzen.

Frankreich stand hier im Gegensatz zu Großbritannien, weil es genau die 1814/1815 beziehungsweise 1871 verlorene Festlandsdominanz zurückerwerben wollte. Gleich England wollte man die französischen Kriegsschulden in den USA an Deutschland "weiterreichen". ...

Einigkeit konnten die Alliierten bald über die finanziellen Forderungen erzielen. Die Summe der Forderungen wurde immer weiter angehoben, um alle zu befriedigen.<<